

NAHOST AUS SEINER SICHT | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 11. August 2022

Ein Standpunkt von Jochen Mitschka.

Wenn man Quellen außerhalb der westlichen Medien sucht, findet man immer wieder Perlen des Journalismus. So zum Beispiel den unabhängigen Journalisten Sam Husseini der unter husseini.substack.com schreibt, und in manchen unabhängigen Internetportalen. In einem Artikel in Counterpunch (1) analysiert er die derzeitige Politik der USA im Nahen Osten und zitiert eingangs Bismarck mit den Worten „*Glaube nie etwas in der Politik, bevor es nicht offiziell dementiert wurde.*“

Daraus schließt er, dass ein Grundsatz politischer Analyse sein muss, dass erklärte Ziele sehr häufig nicht wirklich die tatsächlichen Ziele seien. Und er verweist auf die angeblichen aber nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen im Irak, oder die angeblichen Menschenrechtsbedenken, die zu einer Bombardierung von Jugoslawien, Afghanistan und Libyen durch NATO-Länder führten.

Aber, so stellt er fest, nicht immer sind erklärte Ziele falsch. D.h. es gebe Ausnahmen. Bei dem jüngsten Besuch von US-Präsident Biden in Saudi-Arabien, sei dies in Medien als Versuch dargestellt worden, den US-Verbrauchern, die nie gesehene Kosten für eine Tankfüllung zahlen, Erleichterung zu verschaffen. Was aber wiederum dem widersprach, was Biden dann wirklich sagte. Und er zitiert ihn mit den Worten: „*Die Zusagen der Saudis haben nichts mit Energie zu tun. (...) Und es hat mit der nationalen Sicherheit für sie zu tun - für die Israelis. (...) Es hat mit viel größeren Themen zu tun als mit Energie.*“

Was jedoch in der Betrachtung durch die Medien einfach ignoriert worden sei. Nun habe einmal der seltene Fall existiert, dass ein Politiker wahrheitsgemäß erklärte, dass er sich eher auf geopolitische Ziele konzentriere als auf das Wohl der US-Verbraucher, so sei diese sehr reale Möglichkeit bemerkenswert marginalisiert worden.

Mehdi Hasan habe dann zum Beispiel auf MSNBC erklärt: "Was auch immer wir von diesem Treffen bekommen, vielleicht einen leichten Rückgang der Benzinpreise, ist es das wirklich wert, die Familie von Jamal Khashoggi, die Menschen im Jemen und unsere eigene moralische Autorität und unsere Werte zu verraten?"

Das Ende von Hasans Aussage werfe ein Schlaglicht auf eine bestimmte Form der US-Viktimologie, in der die US-Regierung - die, wie oben erwähnt, ein Land nach dem anderen mit schrecklichen Folgen illegal überfallen habe - als *"moralische Autorität"* angesehen werde. Biden selbst habe die Irak-Invasion unterstützt und bei den seltenen Gelegenheiten, bei denen er danach gefragt wurde, jahrelang gelogen.

In der Tat, so der Autor, habe das US-Establishment viele andere Motive für eine enge Zusammenarbeit mit den Saudis: Es wolle Waffen im Wert von Milliarden Dollar verkaufen, worüber Trump fast erfrischend ehrlich war; die Beziehungen der arabischen Staaten zu einem expansiven Israel normalisieren, wie es Biden symbolisiere, indem er direkt von Israel nach Saudi-Arabien fliegt.

Ein offensichtlicher "Vorteil" bestehe darin, dass die Ölgewinne größtenteils zur Finanzierung von Wall Street und Big Tech verwendet werden, was auf Kosten der Finanzierung einer vernünftigen regionalen Entwicklung gehe - das Silicon Valley werde mit saudischem Geld überschwemmt, während in Kairo unzählige Menschen gezwungen sind, auf Friedhöfen zu leben.

Das US-Establishment wolle natürlich auch seine Vormachtstellung in der Region gegenüber Russland und China sichern, stellt Hussein fest. Und seit langem werde argumentiert, dass die Kontrolle - und nicht nur der Zugang - zu Öl aus dem Nahen Osten den USA ein Druckmittel gegenüber Europa verschaffe, was umso wichtiger sei, als die USA versuchen, russisches Öl zu blockieren.

Natürlich könne man auch ein gemeinsames Interesse der USA, von Saudi-Arabien und Israel erkennen, jegliche Entwicklung hin zu unabhängigen Staaten und Bewegungen zu unterdrücken. Aber all diese Dinge seien für die amerikanische Öffentlichkeit nicht so attraktiv wie billigeres Benzin. Die Annahme, dass das Reise-Motiv billiges Benzin zum Nutzen der US-Verbraucher sei, ließe die verdrehten amerikanisch-saudischen Beziehungen in den Augen der US-Verbraucher anständiger erscheinen, als sie tatsächlich seien. Er bestärkt das mit den Worten:

„Außerdem: Wenn billigeres Benzin das eigentliche Ziel der US-Regierung wäre, könnte Biden dann nicht auch viele andere Dinge tun - etwa die Sanktionen gegen den Iran, Venezuela (...) und (sogar) Russland aufheben?“ (1)

Biden könnte auch die Gewinne der Ölgesellschaften ansprechen, fügt er hinzu. Und erklärt, dass der Senator Bernie Sanders dies vorgeschlagen habe. Allerdings sei dieser mit einer Rolle in den Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien aufgefallen, welche einige nicht von ihm erwartet hatten. Dann erklärt er, wie Sanders im Jahr 2019 darauf gedrängt hatte, dass der Senat Trumps Veto gegen eine Kongressresolution zur Beendigung der US-Beteiligung an dem von Saudi-Arabien geführten Krieg im Jemen, der von vielen als Völkermord bezeichnet wird, überstimmte. Während diese Aktivität dann plötzlich deutlich nachließ, als Biden ins Amt kam.

Schließlich, so der Autor, brachte Sanders am 14. Juli, während Biden in Israel weilte, eine weitere Resolution zur Beendigung der US-Unterstützung für den saudischen Krieg ein. Aber bemerkenswerterweise habe Sanders in der Sendung "This Week" auf ABC, mit keinem Wort den Krieg im Jemen erwähnt. Das Wort "Jemen" tauche in der Niederschrift des Interviews einfach nicht auf.

Dann kommt Hussein auf die „arabische NATO“ zu sprechen, über die ich in vergangenen Artikeln berichtete. Er sieht sie als logische Folge von US-Zielen, die im Laufe der Jahrzehnte verfolgt worden waren. So wie schon in den 1950er Jahren die CENTO (auch bekannt als Bagdad-Pakt), welche die Südflanke der NATO bilden sollte. Diese Organisation sei nach der irakischen Revolution von 1958, welche die Monarchie stürzte, zum Scheitern verurteilt gewesen und mit dem Sturz des Schahs 1979 völlig zusammengebrochen. So seien dann nur noch kleinere Monarchien für die US-Politiker zu Pfeilern der "Sicherheit" verfügbar gewesen. Dann kommt er auf die offensichtlichen Pläne Saudi-Arabiens zu sprechen, sich Atomwaffen zu beschaffen.

„Man sollte meinen, dass die US-Planer - und insbesondere die Israelis - eine mögliche saudische Bombe entschieden ablehnen würden, aber so eindeutig ist die Sache vielleicht nicht, wenn man bedenkt, dass ein Atomwaffenarsenal vielleicht als Anker für die saudische Herrschaft angesehen wird. Dies könnte erklären, warum die Regierung Biden eine Erneuerung des "Iran-Deals" ablehnt, da ein angebliches iranisches Atomwaffenprogramm einen ausreichenden Vorwand bieten könnte.“ (1)

Natürlich sei es nicht undenkbar, dass sich die USA und das israelische Establishment irgendwann gegen Saudi-Arabien wenden könnten, wie sie es gegen den Irak getan haben, wenn das Land für sie nicht mehr von Nutzen ist. Interessanterweise werde MBS in einem neuen Profil des renommierten Wirtschaftsmagazins The Economist wiederholt mit Saddam verglichen. Die saudische Rolle bei 9/11 sei weitgehend in Vergessenheit geraten, könnte aber jederzeit vom US-Establishment wiederbelebt werden.

Hier sei nun ein Einwurf erlaubt, der in dem Artikel fehlt, aber auf den M. K. Bhadrakumar hinweist. Nämlich dass Golfstaaten sehr wohl statt einer Art Arab-NATO beizutreten, einem nicht ganz korrekt (9) oft „Anti-NATO“ genannten Bündnis beitreten könnten. (7) Der Autor beschreibt in einem Artikel ausführlich, warum die Herrscher der Golfstaaten, allen voran der saudische Kronprinz, sich sehr wohl der Gefahr eines Regime-Changes durch den Westen bewusst sind, und daher dazu tendieren Mitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) (8) zu werden. Also das Gegenteil von dem, was im Westen berichtet wird.

„Neben Saudi-Arabien haben eine Reihe weiterer westasiatischer Länder einen Antrag auf Mitgliedschaft in der SOZ gestellt. Die russische Tageszeitung Iswestija berichtete am Donnerstag, dass die SOZ plant, auf dem bevorstehenden Gipfel in Samarkand Memoranden über die Gewährung einer Dialogpartnerschaft mit Ägypten, Syrien, Katar, Saudi-Arabien und Bahrain zu unterzeichnen. Interessanterweise ist Kronprinz Mohammed bin Salman zu der Veranstaltung eingeladen worden.“ (7)

Zurück zum Artikel von Hasan, der berichtet, dass die Angriffe auf den Jemen im vergangenen Jahr eskaliert seien, dass aber kurz nach der Invasion in der Ukraine ein Waffenstillstand geschlossen wurde. Er vermutet, dass dieser Waffenstillstand zum Teil durch das offensichtliche PR-Problem motiviert gewesen sei, dass die USA bei der Bombardierung von Jemeniten helfen, während sie die russische Invasion in der Ukraine verurteilen. Er fragt dann, ob Saudi-Arabien evt. etwas von der russischen Militärintervention gewusst habe?

Dann weist der Autor auf eine Tatsache hin, die ich in früheren Artikeln als „Surfen auf der Krise“

bezeichnet hatte. Die Reise wurde unter großem Medieninteresse angekündigt, als die Benzinpreise für die US-Verbraucher im Juni erstmals einen Höchststand von über 5 Dollar erreichten. In der Zwischenzeit - und seit der Reise selbst - seien die Benzinpreise erheblich gesunken. Es gebe keine Beweise dafür, dass dies etwas mit der Reise zu tun hatte, aber es könne durchaus ein wirksamer Mechanismus der Öffentlichkeitsarbeit gewesen sein. Dies deute darauf hin, dass das US-Establishment sehr gut geplant hatte, um das öffentliche Bewusstsein für solche Themen zu steuern.

Dann weist er darauf hin, wie die Ermordung der Journalistin Shireen Abu Akleh im Mai durch Israel den Druck von Saudi-Arabien reduziert habe. Niemand wage, Israel wegen des Mordes als Paria zu bezeichnen, insofern sei der Druck wegen der Ermordung von Khashoggis geringer geworden. Schließlich könne man nicht den einen Mord anprangern und den anderen übersehen. Er schreibt dann, dass Saudi-Arabien nun Pakistan drängen würden, auch die Beziehungen zu Israel zu normalisieren:

„Darüber hinaus drängen die Saudis nun offenbar auch Pakistan dazu, diesem Beispiel zu folgen, zumal dieses Land durch den De-facto-Putsch gegen Imran Khan noch formbarer geworden sein könnte. (...) Es ist also ein perverser Kreislauf im Gange, in dem die tyrannischen Kräfte dieser Staaten sich gegenseitig von ihrer jeweiligen Unterdrückung freisprechen (...), während sie in Wirklichkeit gemeinsam gegen ihre jeweilige Öffentlichkeit und ihre erklärten Prinzipien vorgehen.“ (1)

Was in Deutschland schließlich immer mehr Menschen im Rahmen der Ukraine-Krise und der Propaganda gegen Russland ebenfalls so empfinden dürften.

Mögliche Profiteure der Weltwirtschaftskrise

Nein diesmal meine ich nicht die üblichen Kriegsgewinnler, also jene, die sich sowieso zu den Reichsten der Reichen zählen. Sondern ich bleibe im Nahen Osten. Und zwar in einem Land, dem nicht erlaubt ist, eine Luftabwehr zu besitzen, damit israelische Flugzeuge aus seinem Luftraum Raketen auf Syrien abfeuern können. Es ist der Libanon. Der Libanon, einst die Schweiz des Nahen Ostens, jetzt dank westlicher und vor allen Dingen israelischer Kriegsführung ein Land am Rande des Zusammenbruchs.

Größte politische Kraft und mit einem militärischen Arm versehen, der es geschafft hatte, die Besetzung des Landes durch Israel zu 99% zu beenden, ist die Hisbollah. Die Hisbollah ist die einzige Kraft im Libanon, die es wagt, Israel und den USA die Stirn zu bieten. Seine Kämpfer sind im Krieg in Syrien gegen den IS gestählt und stellen eine eindruckliche Gefahr für die nur scheinbar unbesiegbare israelische Armee dar. Und deshalb ist interessant, was Elijah J. Magnier in seinem Blog ejmagnier.com schreibt (3).

Seiner Meinung nach wirken sich der Energiehunger, der aus den westlichen Sanktionen gegen Russland entstand, als positiv für die Länder des Nahen- und Mittleren Ostens aus. Denn westliche Regierungen arbeiten hart daran, sagt er, die Stabilität in den Öl und Gas produzierenden Ländern zu sichern.

Der russisch-amerikanische Krieg um das ukrainische Territorium ist zweifellos belastend für die Weltwirtschaft. Und die USA und Europa bettelten unablässig um Öl und Gas aus allen verfügbaren Quellen, um die eigenen Sanktionen gegen Russland zu verkraften. Dabei seien sie auch in die Länder des Nahen Ostens gekommen, in eine Region, welche einen großen Teil der Weltenergie liefert, und die sich nun einer unerwarteten und seltenen Stabilität erfreuen könne. Nach jahrzehntelangen Kriegen, Invasionen und Konflikten im Nahen Osten scheine nun die Zeit gekommen, dass sich diejenigen, die für das Elend und die Tötung der Bevölkerung in diesem Teil der Welt verantwortlich sind, um die Zukunft dieser Bevölkerung und ihre Sicherheit kümmern, schreibt Magnier.

Dann berichtet er, dass die Hisbollah einen Schlag gegen Israel angedroht hatte, sollten die Gasförderanstrengungen in einem Gebiet nicht eingestellt werden, welches der Libanon für sich reklamiert. Es geht um die Felder Karish und Tamar.

„Aus gut unterrichteten Quellen verlautet, dass der Generalsekretär der Hisbollah, Sayyed Hassan Nasrallah, die Situation bewertet hat, um eine Schlussfolgerung zu ziehen, deren wichtigste lautet, dass Israel keinen Krieg will und es derzeit nicht angreifen wird. Mehr noch, die Hisbollah geht davon aus, dass der Westen und die USA Israel nicht beistehen werden, da man derzeit mit der Suche nach Energie beschäftigt ist und sicherlich nicht auf einen weiteren Krieg aus sei, vor allem nicht im Nahen Osten, zusätzlich zu dem laufenden Krieg in der Ukraine. Der Nahe Osten ist eine der wichtigsten globalen

Energiequellen. Der Westen ist daher derzeit nicht in der Lage, diese Versorgungslinie durch einen Krieg oder ein anderes Scharmützel gestört zu sehen.“ (3)

Es werde erwartet, so der Autor weiter, dass Israel die Gasförderung einstellt und internationale Unternehmen sich aus Angst vor einer militärischen Konfrontation aus diesen Gas- und Ölfeldern zurückziehen werden, insbesondere nachdem die Hisbollah mehrere Drohnen als Warnung geschickt hatte, um die Gebiete und die ausländischen Explorationsplattformen zu überfliegen, was genauso gut ein Angriff hätte sein können.

Zu allem Überfluss empfahl die israelische Marine, ausländische Arbeiter, die auf Gasförderplattformen arbeiten, darin zu schulen, das Gelände im Kriegsfall zu evakuieren. Dieser Vorschlag der israelischen Marine habe unter den ausländischen Arbeitern auf der Bohrinself Panik ausgelöst, berichtet er. Die Ölgesellschaften beriefen eine Dringlichkeitssitzung in Frankreich ein, auf der Israel mitgeteilt wurde, dass die Arbeiter nicht in einer gefährlichen Umgebung bleiben würden und dass die Energiegewinnung Sicherheit und Stabilität erfordere. Der Alarmzustand zwischen der Hisbollah und Israel würde alle Unternehmen dazu veranlassen, sich aus dem umstrittenen Seegebiet zurückzuziehen, bis eine offizielle Vereinbarung getroffen wird.

Während Israel droht, der Westen sanktioniert, schicken der Iran Öl und Benzin und Russland 40 Tonnen Weizen monatlich (6), um den Libanon vor einer Katastrophe zu bewahren, will ich hinzufügen. Und so stellt Magnier fest, dass die Atommacht Israel noch nie in einer ähnlich schwachen Position gewesen sei, in der es den Drohungen der Hisbollah nachgeben musste, ohne von der westlichen Welt einen Freibrief zu einem Militärschlag gegen die Organisation bekommen zu haben. Denn, so sollte man hinzufügen, ist natürlich die Hisbollah, deren wichtigster Verbündeter der Iran ist, als „Terrororganisation“ in den USA gelistet.

Die derzeitige Situation erfordere Ruhe, denn die Länder, die Energie produzieren, müssen in den kommenden Jahren produktiv bleiben, bis sich die Energiepreise stabilisieren und sich die turbulenten Märkte beruhigen, insbesondere da der Ausgang des Krieges in der Ukraine ungewiss sei.

Atomwaffenfreier Naher Osten

Derzeit ist Israel der einzige Staat im Nahen Osten, der mehrere hundert Kernwaffen besitzt, und auch schon einmal kurz davor war sie einzusetzen. Dies ist eine Tatsache, die jedoch meist in der Propaganda untergeht, mit der seit über 30 Jahren behauptet wird, dass der Iran nur Tage vor der eigenen Bombe stehe. Obwohl es eine eindeutige Ablehnung von Massenvernichtungswaffen durch die religiöse Führung des Landes gibt, welche sogar im Krieg gegen den Irak, in dem dieser Chemiewaffen einsetzte, keine entsprechende Gegenreaktion gab, obwohl es ein Leichtes für den Iran gewesen wäre.

Da Saudi-Arabien wohl nun auch nach Kernwaffen strebt, um das Herrscherhaus abzusichern, ist leider ein atomwaffenfreier Naher Osten nicht in greifbarer Nähe. Saudi-Arabien stellt so sicher, dass die westliche Welt alles unternehmen wird, um zu verhindern, dass in einer Atommacht im Nahen Osten eine Regierung durch unkontrollierbare demokratische Prozesse an die Macht kommt.

Wir sollten uns daran erinnern, woran ein atomwaffenfreier Naher Osten scheiterte. Es waren die Vereinigten Staaten und Israel, welche als einzige Länder der Welt gegen einen Resolutionsentwurf stimmten, mit dem der Nahe Osten atomwaffenfrei werden sollte (3). Und während vieler Jahre in der Vergangenheit wurden solche Anläufe unternommen, die immer an Israel und den USA scheiterten.

Aber wie kann man von den atomaren Habenichtsen erwarten, auf Kernwaffen zu verzichten, wenn die Atommächte in keiner Weise auch nur annähernd daran denken, ihren Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag nachzukommen? Denn dieser sieht ausdrücklich ernsthafte Verhandlungen über Abrüstung und Ächtung vor. Während insbesondere die USA für hunderte von Milliarden Dollar die Atomstreitmacht modernisiert, in den Einsatzrichtlinien Kernwaffen als normale Gefechtsfeldwaffen ansieht, und nicht mehr als Domsday-Bombe und letzte Alternative vor der eigenen Vernichtung.

Fazit

Nicht nur Afrika beginnt sich der Reste der Kolonialzeit zu entledigen. Auch der Nahe Osten. Israel ist der letzte Brennpunkt, das Überbleibsel der „glorreichen“ Kolonialzeit. Jedenfalls argumentierte einer der

geistigen Väter Israels, Theodor Herzl, mit den Vorteilen für den britischen Kolonialismus, als er sich in Großbritannien für die Besetzung Palästinas durch zionistische Siedler einsetzte (4). Und so wird der durch den Zionismus geschaffene Apartheidstaat mit Sicherheit irgendwann einmal auch zu einer Gesellschaft mutieren, in der alle Menschen, unabhängig von Rasse, Hautfarbe oder Religion die gleichen Rechte haben.

Wie Südafrika während der Apartheid, wird heute die Apartheid in Israel als ewig während angesehen. Aber sie ist nur deshalb so widerstandsfähig, weil sie die allerletzte Bastion der Herrschaft des Westens in dieser Region ist. Wird Israel zu einer pluralistischen Demokratie, verfügt der Westen dort nur noch über wackelige Diktaturen als Interessenvertreter.

Leider ist zu befürchten, dass die rechtsextremen israelischen Politiker mit ihrer Nuklearmacht auch einen blutigen Bürgerkrieg in Kauf nehmen, ansonsten hätten sie nicht fast 700.000 extremistische zionistische Siedler auf den besten Lagen Palästinas angesiedelt. Gegen die Gewalt, die von der israelischen Apartheid ausgeht, so südafrikanische Apartheidgegner, welche den Befreiungskampf miterlebt hatten, war diejenige der weißen Siedler in Südafrika nur ein Kindergarten. Auch deshalb wird es wohl noch länger dauern und viele Opfer fordern, während deutsche Politiker immer weiter von „Selbstverteidigung jüdischer Menschen“ faseln.

Judaismus lehnt Krieg und Gewalt ab, und nicht die tapferen Kämpfer in Selbstverteidigungsschlachten waren ihre Helden, sondern ihre religiösen Gelehrten. Während der Zionismus Gewalt und Krieg verherrlicht. Diese Diskrepanz wird langsam immer mehr Juden bewusst. Leider noch nicht in Israel. Dort fühlt man sich durch die Unterstützung mächtiger Verbündeter im Westen bestärkt in dem Gedanken, zu den Auserwählten zu gehören (5). Ähnlich der Überzeugung der US-Politiker und Oligarchen, auserwählt zu sein, um die Welt zu beherrschen.

Je mehr Gewicht aber antikoloniale Mächte wie Russland und China und ehemalige Kolonien in Afrika bekommen, desto stärker dürfte sowohl in den USA als auch Israel das Gefühl des Exzeptionalismus erodieren. In der nächsten Woche wird Israel wegen der gerade erfolgten Bombardierung Gazas Thema eines eigenen Berichtes werden. Und zwar wieder aus einer Sicht, die eben nicht dem gängigen Narrativ westlicher Medien entspricht. Denn nur wer beide Seiten kennt, kann sich eine eigene Meinung bilden.

Quellen:

1. <https://www.counterpunch.org/2022/08/03/us-saudi-relationship-beyond-the-obvious/>
2. <https://ejmagnier.com/2022/07/25/%ef%bf%bcmiddle-east-peace-has-become-the-west-s-request-which-inherited-the-war/>
3. <https://thegrayzone.com/2019/11/08/us-israel-un-resolutions-space-arms-race-nuclear/>
4. Theodor Herzl: A Biography von Josef Fraenkel, Ararat Publishing Society Limited, 1946, Seite 126
("And so I must believe" – Herzl declared furthermore – "that here in England the idea of Zionism, which is a colonial idea....")
5. <https://www.infosperber.ch/Politik/Israel-Juden-Umfrage-auserwähltes-Volk>
6. <https://thecradle.co/Article/News/13959>
7. <https://www.indianpunchline.com/why-the-gulf-states-sco-membership-is-a-big-deal/>
8. (SOZ, in Englisch SCO) Es gibt noch eine Vielzahl von Bündnissen, die unerklärlicherweise sich zu widersprechen scheinen. Einige davon werden hier erklärt:
<https://www.indianpunchline.com/moscow-prioritises-ties-with-myanmar/> In der Region scheint in naher Zukunft vieles möglich zu werden, das bisher als unmöglich galt.
9. <https://www.youtube.com/watch?v=HZsepBY8akg>

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung dieses Beitrags.

+++

Bildquelle: [AppleZoomZoom](#) / shutterstock